

Deputation für Bildung
(städtisch)
Sitzungsprotokoll der Sondersitzung

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag 11. Juli 2012	Sitzungsbeginn 13:10 Uhr	Sitzungsende 14:50 Uhr	Sitzungsort Raum 2 Haus der Bürgerschaft Am Markt 20
-------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern für die Schulen der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr 2012/2013
- TOP 3 Verschiedenes

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Deputation für Bildung genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

**TOP 2 Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern für die
Schulen der Stadtgemeinde Bremen zum Schuljahr
2012/2013**

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt die Anwesenden und erläutert das Zustandekommen der Deputationssondersitzung. Sodann informiert sie anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) über die Entwicklung des Personalbudgets und die daraus resultierende Situation zur Lehrereinstellung und Stundenzuweisung.

Eine Darstellung des Personalbudgets von 2007 bis 2013 jeweils zeige, dass die Haushaltsmittel weitgehend ausgeschöpft worden sind, um möglichst viele Lehrer einzustellen. Dabei zeigt der IST/SOLL-Vergleich, dass der Haushalt nicht überzogen wurde. Durch die Koalitionsbeschlüsse in 2011, eine jährliche Einsparung von 1,2% erwirtschaften zu müssen, werden die

Schulentwicklungsplanmittel (SEP: 3,3 Mio./a) entfallen. Als 2011 eine Überschreitung des Personalbudgets erkennbar wurde, seien Vorschläge für Gegenmaßnahmen im Umfang von 60 Stellen gemacht worden, um die Zielzahl im Haushalt einzuhalten. Die Bedarfsanpassungen in der Sekundarstufe II ergaben 23 Stellen für Umschichtungen zugunsten der Inklusion. Das reichte nicht aus, so dass der Überziehungskorridor für Inklusion im Umfang von 30 VZE, 1,5 Millionen Euro, erstmalig in Anspruch genommen werden musste.

Die Schüler-Lehrer-Relation habe sich zwar im Vergleich von 2010 zu 2011 geringfügig verbessert, liege aber im Vergleich nach wie vor leicht unter der der anderen Stadtstaaten und des Bundes.

Bei der Haushaltsaufstellung 2012/2013 sei die Möglichkeit eingeräumt worden, die 1,2%ige PEP-Quote durch eine Anrechnung der SEP-Mittel im Umfang von 3.3 Mio. gegenzurechnen. Die Schwierigkeit, das Personalbudget zu steuern, sei, dass für die neuen Altersteilzeitregelungen Zahlungen von 4,9 Millionen Euro auf ein Treuhandkonto bei der Senatorin für Finanzen zu leisten seien. Die Höhe dieser Zahlung sei zu Beginn des Jahres noch nicht bekannt gewesen.

Die Ermittlung des Soll-Bedarf der Schulen nach den geltenden Parametern habe einen Umfang von 173 Lehrerstellen an den Schulen einschließlich 6 Stellen für die ReBuZ ergeben. Zudem sei der Abzug von rund ca. 4,5 Mio. € nicht mitgeteilt worden, so dass knapp 100 Einstellungen aus dem Jahr 2011 ab Januar 2012 nicht mehr finanziert waren. Die Tarifsteigerungen überdeckten diesen Abzug, sie könnten jedoch nicht genutzt werden, um neue Einstellungen vorzunehmen, sondern dienen allein der Finanzierung von Gehaltsanpassungen der bereits eingestellten Lehrer.

Von jeder freiwerdenden Stelle werden bei der Berechnung des Personalbudgets 15 % abgezogen, da bei Wiederbesetzung jüngere Lehrkräfte geringer bezahlt würden.

Dieser Abzug sei in 2010 und 2011 nicht erfolgt und erfolgte für das neue Personalbudget nachholend. Eine Erwirtschaftung aus der Fluktuationsrate zum 01.02.2012 sei nicht möglich gewesen.

Für das Jahr 2012 sei mit dem Finanzressort bereits im Februar wieder der Stellenkorridor von 40-Stellen vereinbart worden. Auf die Risiken im Personalbudget wurde das Finanzressort im April 2012 auf der Grundlage des Haushaltscontrollings hingewiesen und am 23.04.2012 auf der Staatsräteebene ein Gespräch geführt, um eine Lösung für den entstandenen Haushaltsüberzug zu finden.

Das unbedingt erforderliche Einstellungskontingent sei dabei mit 110 Lehrerstellen festgestellt und erörtert worden, in diesem Umfang zunächst eine Zwischenfinanzierung zu entwickeln. Angedacht sei ein vorübergehender Nachlass bei der Abführung für die neue Altersteilzeit auf ein Treuhandkonto gewesen. Die Freigabe der vereinbarten 110 Lehrereinstellungen habe dann aber nicht erfolgen können, da auf Seiten des Finanzressorts der Wunsch bestand, das Thema im Koalitionsausschuss zu beraten.

Hier habe es dann die Verabredung gegeben, dass zusätzliche Einstellungen im Umfang von 110 Stellen genehmigt wurden, hierfür aber keine zusätzlichen Mittel in das Personalkostenbudget eingestellt werden, sondern die Kosten durch Umschichtungen im bestehenden Haushalt bis Ende 2013 darzustellen sind.

Dies solle durch folgende Maßnahmen geschehen:

1. Rückführung der für die Erhöhung der Ausbildungskapazität im Umfang 30 Lehrerstellen bzw. 80 Referendarplätze
2. die Bewirtschaftung der Einstellungsrounden
3. das Aussetzen der Einrichtung weiterer offener Ganztagsschulen zum Schuljahr 2013/14
4. eine Verschiebung der Ausstattung der bestehenden Ganztagsgrundschulen mit zusätzlichen Lehrerstunden.
5. keine zusätzlichen Klassen in der Erzieherinnenausbildung
6. Verschieben der Einrichtung des Weiterbildungsstudiengangs für Inklusive Pädagogik um ein Jahr.

Zum weiteren Verfahren erläutert Frau Senatorin Jürgens-Pieper, dass zu der Finanzierung der 110 Stellen noch eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen müsse, die für die nächste Sitzung am 07.09.2012 vorgesehen ist.

Es wurde verabredet, eine Zuweisungsrichtlinie zu entwickeln, um mehr Transparenz und Verlässlichkeit bei der Ermittlung des Bedarfes der Schulen zu erhalten. Die bereits existierenden Bedarfsparameter sollten in einer Richtlinie zusammengefasst werden.

Für das kommende Schuljahr werde jetzt mit den Schulen geredet, wo noch Stunden fehlen. Wo keine Neueinstellungen möglich seien, müsse mit Abordnungen oder Versetzung gearbeitet werden.

Insgesamt stehe man in den nächsten Wochen vor einer komplexen Situation. Die finanziellen Bedingungen seien angesichts der zu erwirtschaftenden Maßnahmen im Bildungshaushaltschwieriger geworden. Denn für die Schulentwicklung sei die Nutzung der demografischen Rendite Voraussetzung. Der Einsparbeitrag der 1,2 % - PEP-Quote und die Einsparung für die 110 Stellen seien nur durch die Nutzung der hohen Fluktuationsrate möglich.

Herr Dr. vom Bruch erklärt, der Bericht der Senatorin werfe mehr Fragen auf, als er beantworte. Eine ähnliche Diskussion mit ähnlichen Auswirkungen habe man bereits 2011 geführt. Es fehle an Transparenz. So seien die Begründungen für die aktuellen Risiken in den Haushaltsberatungen nicht bekannt gegeben worden. Es sei inakzeptabel, dass die Deputierten und alle anderen Betroffenen nicht über die vorliegenden Schwierigkeiten informiert worden seien. Man hätte besser reagieren können, wäre man frühzeitiger informiert worden. Jetzt seien die Schu-

len in der Misere, weil ein Loch mit dem anderen gestopft werde. Frau Senatorin Jürgens-Pieper entgegnet, man habe sehr wohl bereits im April einen Lösungsvorschlag entwickelt, dieser habe aber nicht umgesetzt werden können, da sich zunächst noch der Koalitionsausschuss mit dem Thema habe beschäftigen wollen.

Frau Dogan zeigt sich erschrocken von der dargestellten Bedarfssituation und hätte sich eine frühere Information gewünscht. Die in 2011 geführte Diskussion sei zwar konstruktiv gewesen, solle jedoch eine Notfalllösung bleiben und nicht zur Regel werden. Es sei bedauerlich, dass der Bildungshaushalt zwar steige, in der Öffentlichkeit jedoch der Eindruck entstehe, es reiche immer noch nicht. Zudem sei der Bildungshaushalt durch die Übertragung der Zuständigkeit für die Reinigungskräfte an die Senatorin für Finanzen in großem Umfang entlastet worden, so dass die Mittel entsprechend an anderer Stelle hätten eingesetzt werden können. Sie sei immer davon ausgegangen, die Schulreform ausreichend finanziert sei und frage sich, ob dies nicht über die demografische Rendite erfolge. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert, dass die Mittel für die Reinigungskräfte natürlich mit übertragen worden seien. Die Haushaltsrisiken seien so früh mitgeteilt worden, wie es für das Bildungsressort möglich war. Eine Deputationsbefassung oder Ausschussbefassung sei unterblieben, da auf der Staatsräteebene eine Lösung zwischen den Ressorts angestrebt wurde.

Herr Kuhn, der als Vertreter von Herrn Fecker an der Sitzung teilnimmt, führt aus, dass der Senat bereits im Dezember die Eckwerte festgelegt habe und man Anträge zu den Haushaltsberatungen ja hätte stellen können. Nach dem Haushaltsbeschluss sei man aber von den aufgetretenen Änderungen überrascht worden. Die Berücksichtigung der Altersstruktur im Budget sei kein „Trick“ sondern habe einen realen Hintergrund. Man müsse sehen, wie man künftig den Bedarf der Schulen mit dem Haushaltsbedarf in Übereinstimmung bringe. Die Gewährung der zusätzlichen 110 Lehrereinstellungen sei gewissermaßen kreditfinanziert und man könne sich Einiges vielleicht nun erst später leisten. Frau Senatorin Jürgens-Pieper macht deutlich, dass dem Ressort nicht bekannt war, dass das Personalbudget 2010 und 2011 zu hoch war und daher zu viele Einstellungen für das vorhandene Geld vorgenommen wurden. Eine Rückführung und damit Steuerung des Budgets wäre am 01.02.2012 möglich gewesen, wenn das Ressort die abgezogene Summe gekannt hätte.

Herr Güngör betont, es sei nicht hilfreich, wenn zwei Ressorts ein unterschiedliches Verständnis von einem Budget hätten und hier ein gemeinsamer Konsens gefunden werden müsse. Es sei jetzt wichtig, dass konsequent im Sinne der Schulen gehandelt werde. Eine Zuweisungsrichtlinie brauche man in jedem Fall.

Frau Vogt hebt hervor, sie habe bereits seit Oktober wiederholt auf die Risiken im Haushalt hingewiesen und entsprechende Anträge bei den Haushaltsberatungen gestellt. Der gesamte Senat müsse die Haushaltszuweisungen neu überprüfen, da es an allen Ecken und Enden ha-

ke und dies nicht alleine eine Aufgabe der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit sei.

Herr Dr. vom Bruch betont, die Inklusion sei ein Langzeitprojekt, welches nicht nach Belieben ausgesetzt oder jährlich nach Kassenlage entschieden werden könne. Hier sehe er die Senatorin in der Verantwortung. Frau Senatorin Jürgens-Pieper entgegnet, sie habe sehr wohl rechtzeitig auf die Kosten der Inklusion hingewiesen und auch darauf, dass sie bis ins letzte Jahr hinein aus dem Ressortbudget erwirtschaftet wurden.

Frau Häsler hat den Eindruck, Frau Senatorin Jürgens-Pieper habe die Verantwortung nicht angenommen und empfindet es als empörend, die vorgeschlagenen Lösungen als solche zu bezeichnen. Es sei zu befürchten, dass die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausgespielt und aufgebracht werden sollen. Die Bedarfe der Schule seien anscheinend nicht ernst genommen worden so dass die Schulen nun zwei Wochen vor den Sommerferien vor dem Problem stünden, alles neu planen zu müssen.

Frau Spude (ZEB) bemängelt, es fehle an Transparenz. Die Bedarfe der Schulen werden nicht erkannt und wertgeschätzt. Es brauche vor allem Klarheit, was nun wegfallen solle um die Unterrichtsversorgung gewährleisten zu können. Frau Senatorin Jürgens-Pieper weist dies zurück und verweist auf die besonderen Anstrengungen des Senats durch Schwerpunktmittel zum ganztätigen Lernen und dem Inklusionskorridor trotz Haushaltslage hier politische Schwerpunkte zu setzen.

Frau Lichtenberg (Personalrat Schulen Bremen) berichtet von der Personalversammlung der Lehrkräfte und stellt die Situation von Kolleginnen und Kollegen dar, die sich darauf verlassen hatten, in Bremen eingestellt zu werden. Zudem sei in der Kürze der Zeit eine gute Schuljahresplanung nicht mehr möglich. Die Lehrkräfte forderten eine sofortige Aufstockung des Bildungsetats und die Einstellung 300 zusätzlicher Lehrkräfte ohne Zwangsteilzeit. Frau Senatorin Jürgens-Pieper betont, dass es keine zwangsweise Teilzeit gebe, aber durchaus mit den Kolleginnen und Kollegen über die Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit geredet werde, um mehr Einstellungen vornehmen zu können.

Frau Kettler (ZEB) sieht keine konstruktiven Vorschläge der Fraktion der CDU und erkundigt sich nach einer möglichen Kostensteigerung durch die Beschleunigung der Inklusion. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert, diese resultiere aus den übergangsweise vorhandenen Doppelstrukturen und der im letzten Jahr durch die Deputation erfolgten Entscheidung keine Kapazitätsbeschränkung mehr vorzunehmen.

Herr Armgort (Personalrat Schulen Bremen) erklärt, er halte die vorgetragene Schüler-Lehrer-Relation nicht für zutreffend und gehe von einem deutlich schlechteren Verhältnis aus. Zudem sei der Personalrat nicht ausreichend über die Soll-Ist-Listen informiert worden. Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert, die dargestellte Schüler-Lehrer-Relation sei in Abstimmung mit der KMK erhoben worden und sichert die Information des Personalrates zu.

Herr Dr. vom Bruch erkundigt sich nach den Auswirkungen auf die ursprünglich geplante zweite Runde bei der Einführung der offenen Ganztagsgrundschulen und mögliche Einsparungen durch den Abbau von Hortplätzen.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Auswirkungen und weist darauf hin, dass weiterhin pro Jahr zwei gebundene Ganztagsschulen eingerichtet werden sollen.

TOP 3 Verschiedenes

Eine Aussprache unter dem TOP ‚Verschiedenes‘ erfolgt aus Zeitgründen nicht mehr.

Senatorin

Sprecher

Protokollantin